

FVDZ - Landesgeschäftsstelle – Maximinstr. 45 – 66763 Dillingen/Saar

[Landesverband Saarland &  
Saarländisches Zahnärztesyndikat](#)

An:

Maximinstr. 45  
66763 Dillingen/Saar

Landesvorstand FVDZ Saar

Telefon: (06831) 73 0 73  
Telefax: (06831) 73 0 74

E-Mail: [dr.mikejacob@t-online.de](mailto:dr.mikejacob@t-online.de)  
Web: [www.fvdz.de/saarland.html](http://www.fvdz.de/saarland.html)  
Dillingen, 22.05.2013

Beschluss 1 der Landesversammlung des FVDZ Saar & Saarländisches Zahnärztesyndikat am 22.05.2012

**Beschluss 1:**  
**Streichen des Patientenrechtegesetzes aus dem BGB**

Wortlaut des Beschlusses:

Der saarländische Landesverband des FVDZ & Saarländisches Zahnärztesyndikat fordert den Gesetzgeber auf, das Patientenrechtegesetz aus dem BGB zu streichen und verweist auf die bislang bestehende Patientenrechtecharta.

Begründung:

Der Entwurf fördert ein landläufiges, aber fatal falsches Verständnis, dass ein Misserfolg und ein Fehler per se einhergehen. Diese Haltung ist zum einen falsch und arbeitet zum anderen gegen das professionssoziologisch voraussetzende und für einen Behandlungserfolg unablässige Vertrauensverhältnis in der Beziehung zwischen (Zahn-)Arzt und Patient.

Landesvorstand:

1 von 2

Dr. Martin Honig   ZA D. Ruffing   Dr. E. Glatz-Noll   Dr. Chr. Wagner   Dr. A. Weidmann   Dr. Dr. Mike Jacob

Landesvorsitzender   1. Stellvertreter   2. Stellvertreter   Beisitzer   Beisitzer   Geschäftsführer

Ein Mehr an Bürokratie durch verschärfte Dokumentationspflichten von umfang-reicher Aufklärung, Einwilligungserklärung und Therapie führt praktisch nicht zu mehr Patientenzufriedenheit und zu einer besseren Behandlungsqualität, sondern geht auf Kosten wertvoller Behandlungszeit. Für eine qualitative Verbesserung der Gesundheitsversorgung sind nicht nur Rechte des Patienten, sondern auch seine Pflichten zu benennen, wie z. B. das eigene Bemühen um seine Gesunderhaltung, mehr Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch zu nehmen und den Anordnungen seines Arztes Folge zu leisten. Die vorgesehene offensive Einbeziehung der Krankenkassen in die Arzt-Patientenbeziehung ist unter dem Vorzeichen einer zusätzlichen wirtschaftlichen Interessenlage geeignet, das Gleichgewicht einseitig zu Lasten der Ärzte zu verschieben.

Antragsteller

Dr. Dr. Mike Jacob, M.A.

Landesvorstand:

2 von 2

Dr. Martin Honig   ZA D. Ruffing   Dr. E. Glatz-Noll   Dr. Chr. Wagner   Dr. A. Weidmann   Dr. Dr. Mike Jacob

Landesvorsitzender   1. Stellvertreter   2. Stellvertreter   Beisitzer   Beisitzer   Geschäftsführer